

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	72
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	05.05.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Frau Aufrecht, Frau Dr. Wohlhüter, Herr Zahn (alle L/OB-RZ)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Bericht zur Citylogistik in der LHS - Projekte und Maßnahmen - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation sowie die Ausschreibung sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll sind sie in Papierform beigelegt.

Zunächst berichten Frau Aufrecht, Herr Zahn und Frau Dr. Wohlhüter im Sinne der Präsentation, in der auch eine kurze Videoreportage mit den Angeboten an die Unternehmen enthalten ist. In ihrem Ausblick betont Frau Aufrecht, viele in der Testphase beteiligten Unternehmen hätten erst im Laufe der Probephase das Potenzial erkannt, z. B. angesichts dessen, dass viele jungen Leute gar keinen Führerschein mehr machten bzw. dass in Stuttgart-West kaum Parkplätze verfügbar seien. Die Infrastruktur müsse gezielt ausgebaut werden, Hub-Standorte müssten definiert und entsprechende Mobilitätssysteme etabliert werden, wofür jeweils entsprechende Analysen erforderlich seien. Daten müssten in Echtzeit bereitgestellt werden. Insofern bestehe die Citylogistik aus einer Mischung von der Umsetzung der Projekte und Datenerhebung, um ein gutes Konzept für die Stadt und deren Infrastruktur zu schaffen.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die umfangreichen Ausführungen.

StR Winter (90/GRÜNE) erinnert an das erste Klimapaket vor ein paar Jahren, das diese Thematik bereits enthalten habe. Um das Ziel "lebenswerte Innenstadt 2035" zu erreichen, müsse man handeln. Die Stadt habe sich hinsichtlich der letzten Meile der Be-

schaffung mit einem sehr guten Programm auf den Weg gemacht, das die CO₂-Einsparung beziffere. Jede - z. B. aufgrund von Bündelungseffekten - nicht gefahrene Meile sei gut, und dafür brauche man den Mobilitäts-Hub. Bei der Installation im öffentlichen Raum müsse man auch die städtebauliche Qualität mitdenken. Im Zuge des B14-Umbaus würden viele unterirdische Flächen frei, die einbezogen werden könnten. Bei einer konsequenten Umsetzung reduzierten sich die Flächen für den motorisierten Verkehr um 50 %. Für Einkäufe in der Stadt müsse eine intelligente Lieferlogistik geschaffen werden. Er plädiert dafür, mehr Szenarien auszuprobieren als zu viele Studien in Auftrag zu geben. Seine Fraktion unterstütze das Thema gerne.

Auch StRin Porsch (CDU) spricht sich für schnelleres Handeln und weniger Studien aus. Grundsätzliches Ziel sei, bis 2035 klimaneutral zu sein und zugleich dem Handel zu ermöglichen, die Bürger und Bürgerinnen der Stadt mit Waren zu versorgen. Lastenräder seien ein schönes Projekt, wenn man bei schönem Wetter ein paar kleine Güter transportieren wolle. Nicht denkbar sei dagegen der Transport einer Waschmaschine oder die Nutzung als Handwerkerfahrzeug. Der unterirdische Warentransport, die Drohne, die Packstation, das Lastenfahrrad und der E-LKW seien ein großes Thema. Hub-Stationen etwas außerhalb der Stadt erforderten ein System des Transports auf der letzten Meile in die Stadt. Hierfür müsse man nicht nur mit allen Akteuren, sondern auch ämterübergreifend - u. A. im Hinblick auf Genehmigungen - im Gespräch bleiben. Sie regt an, diesbezüglich Knowhow aus anderen deutschen und europäischen Städten zu nutzen. Digitalisierung halte sie für sehr wichtig. An ihren Vorredner gewandt erklärt sie, eine Stadt sei nicht nur lebenswert, wenn sie CO₂-frei sei, sondern auch, wenn sie dort mit allem Nötigen versorgt werde. Man sollte auch bei den großen Automobilherstellern in der Stadt nach deren Ideen fragen, z. B. in Bezug auf autonomes Fahren. Evtl. könne man mit ihnen auch Konzepte für eine Innenstadt-Logistik entwickeln.

Die Präsentation sei ihm erst am Morgen zugegangen, so StR Dr. Jantzer (SPD), weshalb er nur seinen Eindruck schildern könne. Sehr positiv bewertet er die breite Analyse und Datenerhebung. Der Film spreche jeden an. Interessant sei die Äußerung von Frau Aufrecht, dass die Unternehmen eigentlich erst durch die Förder- und Testprogramme auf die vielfältigen Möglichkeiten gestoßen seien. Hier müsse verstärkt auf alternative Lieferverkehre aufmerksam gemacht werden. Er könne sich vorstellen, dass die meisten kleinen Unternehmen keine Zeit hätten, sich damit auseinanderzusetzen. Deshalb sollte hier aufsuchende Arbeit geleistet werden, zumal das Angebot sehr attraktiv und zukunftsfähig sei. Als Manko bezeichnet er, dass die Ladeinfrastruktur noch nicht konkret geplant sei. Hierfür benötige man Flächen. Auch habe er kein Projekt gesehen, das den Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen ermögliche, mit alternativen Antriebskräften in die Stadt zu fahren. Oft handle es sich hierbei nicht um Stuttgarter Unternehmen. Zudem sollten gemeinschaftliche Lieferbeziehungen zur Versorgung der Stadt betrachtet werden, z. B. mit Hubs außerhalb der Stadt, von denen aus man gemeinsam in die Stadt fahre. Wenig sinnvoll sei auch, dass mehrere Paketdienstleister mit relativ großen Fahrzeugen in den Stadtteilen unterwegs seien. Hier sei ebenfalls eine Verbesserung angesagt. Er bittet die Verwaltung, den Fortschritt künftig auch in Form von greifbaren Indikatoren darzustellen.

StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) äußert ihre große Freude über den Bericht. Mit Blick auf eine 50%ige Reduzierung des Straßenverkehrs auf der B 14 erkundigt sie sich nach den Erfahrungen der Testbetriebe. Ihre Fraktion unterstütze das für den nächsten Haushalt geplante Förderprogramm. Welche Möglichkeiten gebe es für die Gastronomie, die ja die Hälfte des Gewerbes in der Stadt ausma-

che? Habe man daran gedacht, Paketstationen nicht nur an Haltestellen zu integrieren, sondern auch an Parkhäusern? Die Fahrradstraßen müssten so gestaltet werden, dass die Radfahrenden nicht im Stau feststeckten und sich auch nicht in Lebensgefahr fühlten.

Ihm persönlich fehle die Vergleichbarkeit mit anderen Städten, erklärt StR Puttenat (PULS). Deshalb könne er nicht einordnen, wie fortschrittlich Stuttgart hier sei, doch habe er aus dem Bericht einen sehr guten Eindruck gewonnen. Notwendig seien mehr Reallabore, auch vor dem Hintergrund, dass Stuttgart so reich bestückt sei mit Fakultäten, Hochschulen und Instituten, mit denen die Abt. L/OB-RZ auch zusammenarbeite. Als ein Problem sehe er, dass die sehr guten Förderprogramme der Stadt nicht ausreichend an die Adressaten vermittelt werden könnten. Auch seine Fraktion werde das Projekt im Doppelhaushalt gerne unterstützen.

StR Neumann (FDP) teilt die Einschätzung seines Vorredners bezüglich der Außenwirkung. Die Pilotprojekte seien Leuchttürme, die das Thema Logistik etwas mehr in die Öffentlichkeit brächten. Dies sei sehr gut dargestellt worden. Wichtig sei in seinen Augen jedoch nicht nur die "letzte Meile", sondern bereits die "vorletzte Meile". Hier gehe es um Hub-Strukturen. Bei den Themen "Urban Sandwich" und Logistikzentrenausbau gebe es schon zu lange keinen Fortschritt in der konkreten Umsetzung. Wenn man an der "vorletzten Meile" gute Hubs mit entsprechender Ladeinfrastruktur insbesondere für die große Logistik baue, komme man auch zur "letzten Meile". In diese Richtung sollte innerhalb der Verwaltung verstärkt Druck aufgebaut werden. Im Hinblick auf die Datenplattform befürchtet er, dass hier bei konkurrierenden Stakeholdern mit Schwierigkeiten zu rechnen sei. Gleichwohl benötige man diesen Datenbestand. Und schließlich gehe er davon aus, dass die Abt. L/OB-RZ an der Urban Future Conference insbesondere zum Thema Mobilität teilnehme.

Keine Frage ist es auch für StR Zaiß (FW), dass die Logistik verändert werden müsse, um das Klimaziel 2035 zu erreichen. Doch könnten nicht alle Unternehmen Lastenräder einsetzen, auch wenn diese deutlich breiter als ein normales Fahrrad seien. Und wenn große LKWs durch Lastenräder ersetzt würden, brauche man dafür eine enorme Anzahl von Lastenrädern, die dann ihrerseits Staus verursachten. Seiner Ansicht nach komme es auf den Einsatzort und die konkrete Nutzung an. So sei ein Lastenfahrrad für eine Friedhofsgärtnerei, die sich relativ nahe am Friedhof befinde, sinnvoll, für die Auslieferung von amazon-Paketen würde sich so jedoch die Lieferzeit erhöhen. Dies würde wiederum nicht zur Zufriedenheit der Kunden beitragen. Nun gelte es, das Programm auf den Weg zu bringen, um dessen Leistungsfähigkeit zu testen. Wenn z. B. nur drei Kisten Wein transportiert würden, erziele dies keine Wirkung.

Letzteres unterstreicht auch StR Köhler (AfD). Da man für den Transport immer eine Person brauche, müsse man auf die Effizienz achten. Er frage sich, ob statt einem großen Lastenrad nicht ein kleiner Elektrotransporter besser wäre. Doch das werde die Zukunft entscheiden. Er bittet um Information, ab welcher Größenordnung eine Versicherung erforderlich sei. Langfristig müsse der Lastentransport im innerstädtischen Bereich geregelt werden, wenn dieser einen gewissen Umfang erreiche. Evtl. müsse die Versicherungspflicht erweitert werden. Unstrittig sei, dass es sich hier um einen Wachstumsbereich handle.

StR Neumann erkundigt sich, ob bereits in die kommunalen Spitzengremien kommuniziert worden sei, dass im Hinblick auf das Curbside Management ein anderer rechtlicher Rahmen benötigt werde?

Zu den Fragen und Anmerkungen führt Frau Aufrecht aus, das Thema City Logistik habe mehrere Aspekte: Klimaschutz, teilweise Verkehrsbehinderung durch Parken in zweiter Reihe und Parksuchverkehr sowie kontinuierlich eine massive Zunahme von Lieferverkehr durch Internetbestellungen und Just-in-time-Belieferung des Handels.

Das digitale Lieferzonenmanagement werde in Spanien bereits umgesetzt. In dieser Form sei dies in Stuttgart nicht möglich. Man sehe sich intensiv um, um von anderen Städten, z. B. Hamburg, zu lernen. In Malaga habe sie vor fünf oder sechs Jahren gesehen, wie kleine Elektrofahrzeuge in der Fußgängerzone gefahren seien - permanent. Dies sei in Stuttgart aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Insofern sei manches Konzept in anderen europäischen Städten besser realisierbar als in Stuttgart.

Das Thema sei in Spitzengremien angesprochen worden, sowohl von ihrer Seite als auch vom Amt für öffentliche Ordnung. Ebenso gebe es auf Bundes- und Landesebene Sensibilität dafür, dass man z. B. im Hinblick auf die Straßenverkehrsordnung das Thema City-Logistik mitdenken müsse. Hier müsse man rechtlich prüfen, ggfs. seien gesetzliche Änderungen erforderlich.

Studien zufolge könnten 30 % des Paketaufkommens mit Lastenfahrrädern befördert werden. Ein solches Fahrrad könne bis zu 300 kg transportieren. Dies sei in vielen Unternehmen gar nicht bekannt. Auch Handwerksbetriebe nutzten Lastenfahrräder. Es gebe ja auch Varianten mit Regenschutz.

Neben Lastenfahrrädern seien auch Elektroladesysteme und die notwendige Infrastruktur für den Schwerlastverkehr Themen ihrer Arbeit. Kleine Elektrofahrzeuge brauchten ebenfalls das entsprechende Ladesystem. Mit der Region bearbeite man das Thema Schienengüterverkehr.

Das Thema Ergebnisindikatoren greife sie gerne auf. Es müsse sehr transparent dargestellt werden.

Abschließend stellt BM Fuhrmann fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. L/OB
zur Weiterbehandlung
L/OB-RZ
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
 3. OB/82
 4. S/OB
S/OB-Mobil
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 7. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 8. BVin Mitte
 9. Amt für Revision
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand